



STELLUNGNAHME zum Antrag	Vorlage Nr.:	2020/0322
DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	Dez. 3
Aktionsplan gegen Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung jeglicher Art		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	30.06.2020	21	x	

Kurzfassung

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu			
IQ-relevant		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), eine unabhängige Kommission des Europarates, hat am 17. März 2020 einen Bericht über die Situation in Deutschland veröffentlicht. Darin heißt es, dass es in Deutschland unter anderem einen „hohen Grad“ an Islamophobie gebe und der öffentliche Diskurs in den vergangenen Jahren zunehmend rassistisch geworden sei. Um den weiterhin grassierenden Rassismus zu bekämpfen, fordern die Autorinnen und Autoren des Berichts deutliche Schritte: Migrantinnen und Migranten müssten besser geschützt, Antidiskriminierungsstellen ausgebaut und der Kampf gegen Hetze weiter intensiviert werden. Außerdem wird dazu geraten, Bildungsarbeit zu verstärken, etwa in Form von Kursen gegen Rassismus an Universitäten und Schulen. Um strukturellem Rassismus wie beispielsweise dem „racial profiling“ vorzubeugen, sollte vor allem bei Sicherheitsbehörden und der Polizei mehr Aufklärungsarbeit in Form von Schulungen geleistet werden.

Karlsruhe als Mitglied der European Coalition of Cities against Racism (ECCAR) hat sich zur Umsetzung des Zehn-Punkte Aktionsplans gegen Rassismus und Diskriminierung verpflichtet.

Es gibt schon städtische und auch privatrechtliche Organisationen und Einrichtungen, die in besonderer Weise darauf achten, dass Diskriminierung, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und Rassismus entgegengewirkt wird.

Trotzdem ist eine Verstärkung und eine Vernetzung dieser schon bestehenden Aktivitäten sinnvoll. Die schon vorhandene fachliche Expertise kann im Fortbildungsprogramm der Stadt Karlsruhe deutliche Akzente setzen, so dass durch Schulungen und Fortbildung für die dahinterstehende Themen sensibilisiert und somit entgegengewirkt werden kann.

Empowerment-Angebote im Bereich der Jugendarbeit werden von der Antidiskriminierungsstelle (ADS) entwickelt. Dort wird beobachtet, dass durch die Arbeit der ADS auch immer weitere Anfragen nach Unterstützungsbedarf kommen, was aktuell zu einer Überlastung der vorhandenen Teilzeitstelle führt, was nur bedingt über externe Trainerinnen und Trainer kompensiert werden kann.

Damit für Schülerinnen und Schüler ein niedrigschwelliger Zugang zur ADS eröffnet wird, könnten Antidiskriminierungsbeauftragte an Schulen – wie dies in Berlin eingerichtet wurde - für die Themen sensibilisieren. Verschiedenste Vereine in der Kommune können einbezogen werden, wie zum Beispiel Empowerment KA!, Deutschsprachiger Muslimkreis, CSD Karlsruhe e.V. Da diese Vereine rein ehrenamtlich organisiert sind, wäre eine projektorientierte finanzielle Unterstützung hilfreich.

Eine Bündelung und weitere Professionalisierung der schon vorhandenen Beratungsangebote ist sinnvoll, wobei eine intensive Zusammenarbeit in der Regel schon besteht. So arbeiten verschiedene Organisationen und Stellen gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, wie zum Beispiel:

- ADS –die Antidiskriminierungsstelle beim Stadtjugendausschuss e.V. (stja),
- Behindertenbeauftragte der Stadt Karlsruhe,
- Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Karlsruhe
- Respekt Coaches! Ein vom Bundesjugendministerium gefördertes Programm, das in Karlsruhe vom Jugendmigrationsdienst des Internationaler Bundes (IB) durchgeführt wird. In einjährigen Projekten wird zu Antidiskriminierung an Schulen gearbeitet.
- Das regionale Demokratiezentrum, ein Landesprogramm beim stja angesiedelt, hält verschiedenste Angebote für Schulklassen und Jugendgruppen, wie z.B. Theaterstücke mit anschließender Reflexion bereit.

- Das Angebot LEUCHTLINIE, ein Landesprogramm für Betroffene von rechter Gewalt, hat derzeit vor Ort keine Beraterinnen und Berater, Betroffene können sich an eine Beratungshotline in Stuttgart wenden.
- Die Fachstelle für Demokratie und Vielfalt mit dem Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort.“ (beim stja angebunden) bearbeitet mit Jugendgruppen, Schulklassen und Initiativen die Themen in Form von Gesprächen, Veranstaltungen oder Ausstellungen.
- Die Fachstelle „Partnerschaft für Demokratie“ hat ihren Schwerpunkt auf finanzielle und inhaltliche Unterstützung von ehrenamtlichen Initiativen.

Eine systematische Erfassung ist an den Stellen, die mit dokumentierten „Fällen“ arbeiten, gut möglich. So können die dokumentierten Fälle der ADS oder LEUCHTLINIE anonymisiert der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Diese können von der Gleichstellungs- und die Behindertenbeauftragten ergänzt werden. Neben den dokumentierten Fallzahlen kann man von einer hohen Dunkelziffer von nicht gemeldeten Fällen ausgehen. Eine zentrale Online-Meldestelle würde bei Betroffenen die Hemmschwelle, einen Vorfall zu melden, abbauen. Dafür sind im Haushalt keine Mittel eingestellt.

Die Antidiskriminierungsstelle (ADS) ist mit einer Mitarbeiterin in Teilzeit zu 70% sowie einer Mitarbeiterin in einem 450 €-Minijob besetzt. Es wurde in Aussicht gestellt, dass die Stelle häftig über Mittel des Landes Baden-Württemberg und über einen kommunalen Zuschuss finanziert wird. Für den Doppelhaushalt 2021/22 wurde vom stja Erhöhung auf 50.000€ der Mittel beantragt.

Zahlreiche Institutionen, Vereine, Organisationen setzen singulär oder in Netzwerken in der Stadt Karlsruhe deutliche Zeichen gegen jede Art von Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Damit leisten sie einen Beitrag für mehr Solidarität untereinander, mehr Miteinander und Toleranz in der Stadtgesellschaft. Die zwei größten Veranstaltungsreihen – „Karlsruher Wochen gegen Rassismus“ und die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ – zeugen von einem hohen zivilgesellschaftlichen Engagement.

Im Netzwerk Karlsruhe gegen rechts sind Vertreterinnen und Vertreter öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gruppen, die sich im Rahmen ihrer professionellen oder ehrenamtlichen Tätigkeit gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren, zusammengeschlossen. Seit 2018 organisiert das Netzwerk einen jährlichen Kongress zu aktuellen Themen.

Die Fachstelle für Demokratie und Vielfalt koordiniert und unterstützt das Netzwerk. Es hat für die Jahre 2019 und 2020 eine einmalige Förderung in Höhe von 17.000 Euro durch die Stadt Karlsruhe erhalten. Diese Mittel werden vor allem genutzt, um Bildungs- und Präventionsangebote im Themenfeld extreme Rechte und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durchzuführen.

Der stja hat seit den 1980er Jahren zahlreiche Projekte der Erinnerungsarbeit auf den Weg gebracht und durchgeführt. Zentral ist dabei der Stadtrundgang auf den Spuren des Nationalsozialismus in Karlsruhe, inzwischen auf www.ns-in-ka.de interaktiv sowie gps-basiert für alle Interessierten nutzbar.

Die kontinuierliche Erweiterung durch Projektarbeiten der Schülerinnen und Schüler verschiedener Gymnasien oder Gedenkstättenfahrten mit Karlsruher Fans führt auch aktuell zu einer heute lebendigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Diese Auseinandersetzung auf rationaler, emotionaler und künstlerischer Ebene leistet einen großen Beitrag zum allgemeinen Bildungsauftrag und der Gestaltung einer verantwortungsbewussten Zukunft.

Diese Arbeit kann ausgebaut und weiterentwickelt werden. Den genauen Bedarf auf Karlsruhe bezogen zu analysieren und zu benennen, ist eine komplexe Aufgabe.

Die Stadtverwaltung schlägt vor, an bestehenden Ressourcen anzuknüpfen und entsprechend dem Bedarf - wie am Beispiel der Antidiskriminierungsstelle – schrittweise vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Mittel und den Haushaltsberatungen im Herbst aufzustocken.